

Wolfram Adolphi

Die Neuen Schlafwandler

Editorial

Das Titelfoto zeigt einen makabren Untergangstourismus an der türkischen Grenze zu Syrien. Zu sehen gibt es Neugierige im Blick auf das mehrheitlich von Kurden bewohnte, unterm Beschluss der Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) liegende Kobane. Es ist ein apokalyptischer Moment, zumal dort mehr untergeht als »nur« eine Stadt mit ihren Bewohnern, die um ihr Leben kämpfen. Was dort mit Vernichtung bedroht ist, ist – wie Norman Paech zeigt – zugleich der »Aufbau einer neuen demokratischen Gesellschaft auf der Basis der Selbstverwaltung und Gleichberechtigung aller Ethnien und Religionen« sowie der Geschlechter, ein »für die Nachbarstaaten revolutionäres Gesellschaftsmodell«, das den Bürgerkriegen den Boden entziehen könnte. Die Kurden auf der türkischen Seite *können* nicht zur Hilfe kommen, der türkische Panzer *soll* nicht eingreifen, sondern die türkischen Kurden am Helfen hindern. Die USA, sekundiert von einigen NATO-Verbündeten, lassen den IS zuweilen – oft wirkungslos – bombardieren und tun zugleich alles, um sein von ihren Kriegen in der Region nicht zu trennendes Entstehen, seine mit ihnen liierten Finanzquellen zu verschleiern. Der NATO-Partner Türkei wittert Morgenluft für die Verwirklichung eigener Großmachtinteressen. Deutschland hat Raketenwerfer in der Türkei stationiert zum »Schutz vor Attacken des syrischen Assad-Regimes«. Der »Bündnisfall« hängt als Damoklesschwert über der zielstrebig undurchsichtig gehaltenen Szene. Die Bilder von Kobane dienen überdies dazu, die noch immer mehrheitlich gegen den Krieg sich aussprechenden Deutschen kriegsbereit zu machen. Die BRD soll mitmachen bei den sich multiplizierenden Kriegen – noch stärker, noch dauerhafter als in Jugoslawien und Afghanistan.

Aber was sind das für Kriege? Kriege, die keiner »erklärt« hat. Bürgerkriege, die zu internationalen Kriegen ausgeweitet werden. Kriege ohne Fronten, im Falle des IS geführt von weltweit per Internet angeworbenen Söldnern. Kriege, in denen – wie von den USA im Irak praktiziert – Staaten wichtige Teile der früher der Armee obliegenden Kampf- und Sicherungsaufgaben privaten »Dienstleistern« übertragen. Kriege, deren Ziele im Dunklen liegen und für die es kein Ausstiegsszenarium gibt.

Kriege wofür? Warum?

Wir mögen getrost sein, lässt uns der britische Archäologe und Historiker Ian Morris in einem Buch mit dem Titel *Krieg. Wozu er gut ist* wissen. Zwar versprechen »die nächsten vierzig die gefährlichsten Jahre der Weltgeschichte zu werden« (2013, 411), aber am Ende würden wir uns »vermittels unserer Maschinen zusammenschließen und Gewalt zunehmend an Bedeutung verlieren lassen, bis wir – irgendwann gegen Mitte bis Ende des 21. Jahrhunderts – ihren Lohn auf null gebracht, dem Tier in uns den Garaus gemacht und den Weg von hier nach dort gefunden haben werden«

(474). Der Optimismus wachse aus der Geschichte. Auch wenn der Krieg »die Hölle« gewesen sei, so habe er doch »die Menschheit – auf lange Sicht – sicherer und reicher« gemacht (14). Er sei »das kleinere Übel«, weil »nicht so schlimm wie seine Alternative: Gewalt auf Steinzeitlevel als Normalzustand« (19).

Womit ist in den nächsten vierzig Jahren zu rechnen, dass sie die »gefährlichsten der Weltgeschichte« sind? Morris: Es werde noch manche »Zeiten und Situationen geben, in denen die Vereinigten Staaten Gewalt anwenden müssen, um Stabilität zu garantieren«. Sie müssten »genügend für ihre Streitkräfte ausgeben, um als Globocop« – so heißt jetzt der Weltgendarmerie – »agieren zu können«; des Weiteren »für stabiles wirtschaftliches Wachstum sorgen, in Grundlagenwissenschaften investieren und bei alledem die ganze Zeit über ihre Verbündeten bei der Stange halten«. Hätten sie dann noch »Politiker von derselben Qualität« zur Verfügung, wie sie »im Kalten Krieg an der Spitze« standen, werde schon bald »die *Pax Americana* einer *Pax Technologica*« Platz machen. »Zur Durchführung ihres Jobs« müssten sie allerdings bereit sein, »jeden Preis zu zahlen, jede Last zu tragen und jede Härte zu erdulden, denn es gibt keinen Plan B« (475f).

Was für ein Szenarium. Was für Aussichten. Bei Morris gibt es nicht: Klassen, Reichtum und Armut, Ökologie, Nationen, Interessenlagen, Interessenausgleich, UNO. Stattdessen eine erstaunliche Entwicklungstheorie: Der Krieg habe der Welt »größere Gesellschaften, stärkere Staaten und größere Sicherheit« gebracht (17); nun also nur noch ein kleines Stück weiter auf diesem Weg, und alles wird gut. Morris huldigt dem Krieg, und das passt in das Jahr des Gedenkens an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914. Denn dieses ist nicht zu dem geworden, das es doch nach allem Menschenverstand hätte sein müssen: ein Antikriegsjahr. Eine Flut den Krieg darstellender, analysierender, interpretierender Bücher, Filme, Dokumentationen und »populärer« Erzählung brach über die Öffentlichkeit herein, wie im deutschen Feuilleton konnte der Begriff von der »Urkatastrophe« nicht oft genug wiederholt werden – aber vergeblich blieb das Hoffen und Warten auf das Wichtigste: auf ein lautes, unüberhörbares »Nie wieder!«

Der Mainstream der Meinungsbildner erreichte 2014 eine Einstimmigkeit, die an den August 1914 erinnerte. Das »Nie wieder« war ebenso in der Minderheit, ja Isolation, wie das »Nein« der Rosa Luxemburg und des Karl Liebknecht vor hundert Jahren. DIE LINKE wird von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen einhellig deshalb für ungeeignet gehalten, in Deutschland mitzuregieren, weil sie Antikriegspartei ist. Gegen den Krieg zu sein, sei verantwortungslos, heißt es; ein Ja zum Krieg hingegen geschehe in »Verantwortung«. Das schillernde Wort hat im Diskurs über die »Unvermeidlichkeit« von Kriegen jene auf Identitätsstiftung und Verführung zielende Rolle eingenommen, die vor hundert Jahren die Worte »Ehre« und »Vaterland« gespielt haben.¹

Ein Sturm der Entrüstung rauschte im Frühsommer durch die Medien, als in Facebook ein (noch keine dreißig Jahre alter) Landtagsabgeordneter der LINKEN

1 Diese Überlegungen wurden von Anke Hoffstadt und Luc Jochimsen auf einem Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg zum 100. Jahrestag des Kriegsausbruchs am 29. Aug. 2014 in Potsdam vorgetragen.

den Bundespräsidenten wegen dessen Forderung nach größerer Bereitschaft Deutschlands zu ›Militäreinsätzen‹ einen »widerlichen Kriegshetzer« nannte. Er solle froh sein, hieß es, dass Joachim Gauck von einer nur allzu berechtigten Strafanzeige absehe. Aber bestand nicht der größere Skandal darin, dass und wie Gauck mit seiner Münchner Rede sich einordnet in die Meinungsmache gegen die Kriegsgegnerschaft? Das ZDF wurde gleich mit mehreren, zum Glück dann wenigstens in erster Instanz zumeist abgewiesenen Strafanzeigen überzogen, nachdem in der Sati-resendung *Die Anstalt* die enge Verflechtung fast aller führenden Meinungsbildner der Medien mit »atlantischen« Strategieinstituten aufzeigt wurde.²

Der von den »Atlantikern« betriebene Meinungsfeldzug (vgl. Jana Werners Zwingli-Rez. in diesem Heft) erobert Felder, in denen Unabhängigkeit zu vermuten wäre. Wie anders lässt sich erklären, dass ein Buch des US-Amerikaners Adam Hochschild in seiner Übersetzung ins Deutsche *Der Große Krieg* heißt, obwohl es der Autor im englischen Original doch *To end all wars* – »Allen Kriegen ein Ende bereiten« – genannt hat. Werner Röhr beschäftigt sich im vorliegenden Heft in seinem Rückblick auf die »Kriegsschuldebatte« auch mit diesem Band.

Das ›Vergessene‹ in Erinnerung rufen. Der Blick zurück zu Luxemburg, wie ihn Frigga Haug im Heft vornimmt, öffnet den Blick auch für vieles andere, das schon einmal gedacht, analysiert, dargestellt worden ist und heute zielstrebig Ignoranz anheimfällt. Wie oft gebärden sich heutige Weltkriegsanalysen als ganz neu, wenn sie sich aus dem angeblichen Dogma von den wirtschaftlichen Ursachen des Krieges lösen und darauf drängen, den diplomatischen Vorgängen und Vorfeldkonflikten größeres Gewicht einzuräumen. Der Luxemburg-Schüler Julian Borchardt bestand schon 1927 darauf, »dass es falsch ist, den Verlauf der historischen Ereignisse in ihren Einzelheiten aus den wirtschaftlichen Verhältnissen erklären zu wollen«. Dass aus ihnen »schwere Zusammenstöße und Erschütterungen« folgten, sei »unausweichlich«, aber »wie die im einzelnen sich abspielten, ob als Revolution oder als Krieg, ob als Krieg zwischen einigen Staaten oder als allgemeiner Weltkrieg [...] – dies und noch viele andere Einzelheiten, z.B. der Verlauf und Ausgang des Krieges, hing nicht von der wirtschaftlichen Entwicklung allein, sondern noch von vielen anderen Umständen ab, worunter zu nennen wäre: die geistige Reife der Arbeiterklasse [...], die Geschicklichkeit und Ungeschicklichkeit der Diplomaten, und schließlich auch die Persönlichkeit der einzelnen militärischen und politischen Führer« (141f). Anknüpfend an Luxemburg, Alexander Parvus und Karl Radek setzte er sich mit jenem »stets wachsenden Vorsprung der Produktion gegenüber dem Konsum« auseinander, aus dem für das Kapital der »Zwang zur Expansion« erwuchs. »Da es sich dabei nach dem Bedarf [der für den Waren- und Kapitalexport noch nicht erschlossenen nicht-kapitalistischen Länder] nicht richten konnte, musste es stets in mehr oder minder großem Maße Gewalt anwenden. Deshalb ließ es durch die Machtmittel des Staates seine Bestrebungen unterstützen. [...] Die weitere Folge war das Wettrüsten und die Einmischung jedes Staates in sämtliche weltpolitische Angelegenheiten, auch

2 <http://youtu.be/WvuYmWiJ67M?t=35m18s>

wenn sie ihn unmittelbar gar nicht zu berühren schienen. [...] Auf diesem Wege ist der Weltkrieg entstanden, nicht durch irgendwelche Zufälligkeiten, nicht durch persönliches Verschulden, sondern aus der inneren Natur des Kapitalismus, nachdem dieser eine entsprechende Größe und Ausdehnung erlangt hatte.« (156)

Sind solche Einschätzungen nur noch historisch interessant, aber unaktuell? Norman Paech, Mehmet Can Dinçer und Detlef Kannapin beweisen in ihren Beiträgen das Gegenteil. Wer die heutigen Kriege von den damaligen abschneidet, keine Verbindungslinien erkennen will, läuft Gefahr, genau jenes »Schlafwandeln« zu wiederholen, mit dessen Darstellung Christopher Clark so viel Furore gemacht hat. Was nützt all jenes akribische Herausarbeiten der Bedeutung lokaler und regionaler Kriege und Konflikte in der Inkubationszeit des Weltkriegs und ihrer Fehlbewertung durch Zaren, Kaiser, Könige, Minister und Militärs vor hundert Jahren, die zumeist Unterschätzung auf dem Boden imperialistischer Gelüste war, wenn sich heute dies alles auf so bedrohliche Weise wiederholt?

1911 war August Bebel Kassandra. »Dann kommt die Katastrophe«, sagte er im Reichstag während der Marokko-Krise. »Alsdann wird in Europa der große Generalmarsch geblasen, auf den hin 16 bis 18 Millionen Männer, die Blüte der verschiedenen Nationen, ausgerüstet mit den besten Mordwerkzeugen, gegen einander als Feinde ins Feld rücken.« (Zit.n. Borchardt 1927, 157) Aber er sah im Gegensatz zu Luxemburg in der Unvermeidlichkeit des Zusammenstoßes auch die Unvermeidlichkeit der Teilnahme der Sozialdemokratie daran. Und der SPD-Parteivorstand konstatierte 1912, dass »Krieg und Revolution wieder alltägliche Erscheinungen geworden« seien und »die Vorbereitung zum Kriege, zum Weltkrieg um die Weltherrschaft« scheinbar »den Inhalt aller bürgerlichen Politik« zu bilden (zit.n. ebd., 160).

Die Allgegenwart des Krieges; das mit der Herstellung der deutschen Einheit in Gang gesetzte und seither ständig zunehmende deutsche »Engagement«; die ebenfalls seither betriebene, mal in kleinen, mal in größeren Dosen verabreichte mediale »Gewöhnung« der Bevölkerung an dieses »Engagement«; der bundespräsidiale Ruf nach »mehr und größerer Verantwortung« und »zuweilen unumgänglichem Einsatz von Gewalt« – das ist 2014 Mehrheitsmeinung bürgerlicher, sozialdemokratischer und bündnisgrüner Politik. Es wird alles wieder denkbar. »Gerechte Kriege« scheinen auf – begründet mit historisch schiefen Verweisen auf die Anti-Hitler-Koalition oder den Verteidigungskrieg Vietnams gegen die Aggression der USA. Die historisch verzerrten und undifferenzierten Vergleiche mit früheren Kriegskonstellationen finden ihr Pendant im selektiven Blick auf die 25 Jahre nach dem Fall der Mauer. Die Westmächte greifen im Mittleren Osten und in Nordafrika in einer Weise ein, als habe es eine Vorgeschichte der durch sie erst geschaffenen, nun als Gegner bekämpften politisch und religiös fundierten militärischen Kräfte nie gegeben, und als hätten sie mit der kapitalistischen Produktionsweise, in der die Herstellung des Reichtums ineins mit globaler Ungleichheit zu ihren Gunsten organisiert ist, nichts zu tun. Dramatisch unterschätzt wird die Wirkung, die von der Kriegführung auf die arabischen und anderen muslimischen Völker ausgeht. Nirgends ist ein Szenario für einen Ausstieg aus den Konflikten zu erkennen; nirgends ein Plan, wie und durch wen die Brandherde dauerhaft gelöscht werden können.

Alarmierend ist in der Außenpolitik des Westens die Kontinuität des Feindbildes Russland. Der Systemkonflikt mit der Sowjetunion in den sieben Jahrzehnten von 1917 bis 1989 scheint aus heutiger Sicht nur eine Episode in einer viel größeren, weiter greifenden geostrategischen Auseinandersetzung zu sein. Kaum eine Rolle haben in den Erinnerungsritualen des Jahres 2014 die Kämpfe an der Ostfront gespielt. Kein Versöhnungssymbol wurde gesetzt wie das am Hartmannsweilerkopf im Elsass durch die Präsidenten Frankreichs und Deutschlands. Dafür gibt es im Osten einen neuen Krieg. In der Ukraine. Und die deutsche Außenpolitik als Bestandteil der Außenpolitik der EU hat ihren Anteil daran. Nicht an der Führung des Krieges, wohl aber an seiner Entstehung. Jedoch schweigt die auf Kriegsbereitschaft zielende Meinungsproduktion, wenn es um historische Linien geht. Arnold Zweig schrieb 1928 im *Streit um den Sergeanten Grischa* über den General Schieffenzahn, für den ihm der historische Ludendorff Pate stand: »Der Einmarsch des ordnenden Deutschland in das zeretzte und chaotische Russland entfaltete sich unverdrossen. Schieffenzahn allein wusste seine Ziele – er hatte sie gesteckt – Kiew, Odessa, die Krim [...]. Er gedachte sich aus Russland zu schneiden, was ihm beliebte. [...] Vorher noch [...] nahm er sich Riga, Dorpat, Reval, vielleicht Petrograd, bestimmt Dünaburg.« (224f)

Das ist alles andere als »nur« Roman. »Als der Krieg zu Ende war«, schreibt Jeff Rutherford in einer quellengesättigten wissenschaftlichen Darstellung 2014, »führten Chaos und Konfusion zu brutalen Kampfhandlungen zwischen deutschen Truppen, Einheiten der Freikorps, baltischen, polnischen und russischen Nationalisten sowie Sowjetanhängern.« In den »zahllosen Massakern der Freikorps an tatsächlichen und vermeintlichen Kommunisten, denen in den eroberten baltischen Städten und Regionen Tausende zum Opfer fielen«, habe sich nicht nur die Fortsetzung der »preußisch-deutschen Tradition der Anwendung äußerster Gewalt gegen irreguläre Truppen« überhaupt gespiegelt, sie seien auch »eine bedeutsame Etappe auf dem Weg zur grenzenlosen Gewaltanwendung« gewesen, »wie sie die deutsche Ostfront während des Zweiten Weltkrieges charakterisierte« (20).

Die Linien, die hier sichtbar werden, weisen zu einem anderen bedeutsamen Kriegserinnerungstag: dem 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 2015. In aller Schärfe steht die Frage, ob Russland – wie 1989 von Michail Gorbatschow unter dem rauschenden Beifall des Westens als völlig selbstverständlich angesehen – Mitglied im »Gemeinsamen Haus Europa« ist oder ob sich die Tendenz seiner Ausgrenzung fortsetzt und in einen neuen Kalten Krieg mündet. Andere Szenarien bergen, wie die Ukraine zeigt, unmittelbare Kriegsgefahr. Und wenn die Bewohner des »Gemeinsamen Hauses Europa« sich nicht dazu durchringen können, gemeinsam mit allen anderen aus der Logik der Konfrontationen auszurechnen und – anders, als es sich Morris in seiner Metamorphose der *Pax Americana* zur *Pax Technologica* denkt – am Bau eines »Gemeinsamen Hauses Welt« mitzuwirken, ist das Ganze in Gefahr.

Literatur: Borchardt, Julian, *Weltkapital und Weltpolitik*, Berlin 1927; Morris, Ian, *Krieg. Wozu er gut ist*, a. d. Englischen v. Ulrike Bischoff, Susanne Kuhlmann-Krieg und Bernhard Josef, Frankfurt/M u. New York 2013; Rutherford, Jeff, *Combat and Genocide on the Eastern Front. The German Infantry's War, 1941–1944*, Cambridge 2014; Zweig, Arnold, *Der Streit um den Sergeanten Grischa*, Potsdam 1928